

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Matthias Lammert (CDU)

Durchsuchungen wegen des Verdachts des Verkaufs von Scheinrechnungen und wegen Schwarzarbeit

Rund 750 Einsatzkräfte von Polizei, Steuerfahndung und Zoll sowie mehrere Staatsanwälte durchsuchten am 18. Dezember 2019 in einem Verfahrenskomplex der Staatsanwaltschaft – Zentralstelle für Wirtschaftsstrafsachen – Kaiserslautern über 80 Geschäfts- und Privaträume mit Schwerpunkt im Raum Ludwigshafen/Mannheim sowie im Großraum Frankfurt/Main.

Im Fokus einer gemeinsamen Ermittlungsgruppe des Landeskriminalamts Rheinland-Pfalz, des Hauptzollamts Karlsruhe (Finanzkontrolle Schwarzarbeit Ludwigshafen) sowie der Steuerfahndungs- und Strafsachenstelle des Finanzamts Neustadt an der Weinstraße standen Ersteller sogenannter Scheinrechnungen und deren Abnehmer, dies insbesondere in der Baubranche. Den Maßnahmen gingen umfangreiche monatelange Ermittlungen gegen die überregional agierenden Täter voraus.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele Dienstposten sind bei der Zollverwaltung in Rheinland-Pfalz unbesetzt?
2. Wie viele Dienstposten sind bei der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) in Rheinland-Pfalz unbesetzt?
3. Wie gliedern sich die Beschuldigten nach Staatsangehörigkeiten auf?
4. An welchen Orten fanden in Rheinland-Pfalz am 18. Dezember 2019 in diesen Zusammenhang Durchsuchungen statt?
5. Wird der Großeinsatz des Zolls vom 18. Dezember 2019 zur Bekämpfung der Schwarzarbeit der Organisierten Kriminalität zugeordnet?
6. Wurden mittlerweile alle Scheinfirmen von den Gewerbeämtern von Amts wegen abgemeldet?
7. Wie hoch sind die vermögensabschöpfenden Maßnahmen?

Matthias Lammert